Vollzug der Wassergesetze:

Planfeststellungsverfahren nach § 68 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) für die Sanierung und den Ausbau der Nord-Deiche am Rehbach in den Gemarkungen Limburgerhof und LU-Rheingönheim

BEKANNTMACHUNG

Der Gewässerzweckverband Rehbach-Speyerbach, Europaplatz 5, 67063 Ludwigshafen hat Antrag auf Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens nach § 68 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) für die Sanierung und den Ausbau der Nord-Deiche am Rehbach in den Gemarkungen Limburgerhof und LU-Rheingönheim gestellt.

Es wird auf folgendes hingewiesen:

1. Die maßgebenden Planunterlagen, nach denen das Vorhaben zur Ausführung gelangen soll, liegen bei der

**Stadtverwaltung Ludwigshafen,
Bereich Umwelt,
Zimmer-Nr. 507,
Bismarckstraße 29,
67059 Ludwigshafen,**

**Gemeindeverwaltung Limburgerhof,
Zimmer Nr. 53/54,
Burgunder Platz 2,
67117 Limburgerhof**

**Verbandsgemeindeverwaltung Rheinauen,
Zimmer-Nr. 2.03,
Ludwigstraße 99
67165 Waldsee**

während eines Monats vom

06. Juni 2017 bis 05. Juli 2017

innerhalb der allgemeinen Dienststunden zu jedermanns Einsicht aus.

Die Unterlagen können außerdem im Internet unter der Internetadresse **www.sgdsued.rlp.de** in der Rubrik „Service / Öffentlichkeitsbeteiligung/Bekanntmachungen“ eingesehen werden.

2. Jeder, dessen Belange durch das Bauvorhaben berührt werden, kann Einwendungen gegen das beantragte Vorhaben bei einer der o.g. Verwaltungen sowie bei der Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd, Friedrich-Ebert-Straße 14, 67433 Neustadt an der Weinstraße (**unter Angabe des Aktenzeichens 312-211 – 2/17**) bis spätestens

19. Juli 2017

schriftlich oder zur Niederschrift erheben.

3. Nach Ablauf der Einwendungsfrist werden alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen.
4. Die genannte Frist und der Einwendungsausschluss nach Verstreichen der Einwendungs-/ Äußerungsfrist gilt auch für die anerkannten Naturschutzvereinigungen sowie sonstige Vereinigungen, soweit diese sich für den Umweltschutz einsetzen und nach in anderen gesetzlichen Vorschriften zur Einlegung von Rechtsbehelfen in Umweltangelegenheiten vorgesehenen Verfahren anerkannt sind. Diese werden hiermit von der Auslegung des Plans benachrichtigt.
5. Die Einwendungen müssen den Namen und die Anschrift der Einwenderin / des Einwenders lesbar enthalten und den geltend gemachten Belang und das Maß seiner Beeinträchtigung erkennen lassen.
6. Findet ein Erörterungstermin statt, wird dieser ortsüblich bekannt gemacht werden. Diejenigen, die rechtzeitig Einwendungen erhoben haben, werden von dem Termin gesondert benachrichtigt. Sind mehr als 50 Benachrichtigungen vorzunehmen, so können sie durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden.

Bei Ausbleiben eines Beteiligten in einem möglichen Erörterungstermin kann auch ohne ihn verhandelt werden.

Der Erörterungstermin ist nicht öffentlich.

7. Die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden, wenn mehr als 50 Benachrichtigungen oder Zustellungen vorzunehmen sind.
8. Mit der Veröffentlichung der Auslegung der Planunterlagen wird gleichzeitig bekanntgegeben, dass die Pflicht einer Umweltverträglichkeitsprüfung nach § 3a des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) für das genannte Vorhaben besteht.

Bei dem geplanten Vorhaben handelt es sich um ein Projekt der Anlage 1, Nr. 13.13 der Liste der „UVP-pflichtigen Vorhaben“ des UVPG, für das eine allgemeine Vorprüfung im Einzelfall vorgesehen ist. Diese Einzelfallprüfung nach § 3c UVPG hat ergeben, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen ist, da erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen nicht ausgeschlossen werden können.

Der Plan besteht aus folgenden, auch für die Beurteilung der Umweltauswirkungen maßgeblichen Planunterlagen:

- Erläuterungsbericht
- Technische Pläne
- Umweltverträglichkeitsstudie mit integriertem Fachbeitrag Naturschutz
- Artenschutz-Verträglichkeitsstudie
- Bestandspläne
- Typologische- und einzelflächenbezogene Bewertungspläne
- Vermeidungs-, Minimierungs- und Kompensationsmaßnahmenpläne

Es wird auf folgendes hingewiesen:

- Die für das Verfahren und für die Entscheidung über die Zulässigkeit des Vorhabens zuständige Behörde die Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd, Friedrich-Ebert-Straße 14, 67433 Neustadt an der Weinstraße.
- Über die Zulässigkeit des Vorhabens wird mittels Planfeststellungsbeschluss entschieden.
- Die ausgelegten Planunterlagen enthalten die notwendigen Angaben nach § 6 Abs. 3 UVPG.
- Innerhalb der Anhörung zu den ausgelegten Planunterlagen wird die Öffentlichkeit auch hinsichtlich der Umweltauswirkungen des Vorhabens nach § 9 Abs. 1 UVPG beteiligt.